



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 18. Juni 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 5 Postulat Hofer Andreas und Mit. über ein Gesuch für eine nautische Bewilligung in Weggis / Justiz- und Sicherheitsdepartement i. V. mit Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Das Postulat P 5 wurde auf die Juni-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 96 zu 22 Stimmen zu. Der Regierungsrat beantragt Ablehnung. Andreas Hofer hält an seinem Postulat fest.

Andreas Hofer: Ich bin klar der Meinung, dass wir damit beginnen müssen, uns einzuschränken. Wo fangen wir am besten damit an? Dort, wo es niemandem weh tut. Das Rosenfest in Weggis ist ein traditioneller Anlass, der 86-mal ohne Wasserflugzeuge durchgeführt worden ist. Die Bevölkerung hat das Rosenfest mit seiner Live-Musik und den vielen gemütlichen „Beizen“ genossen. Ausgerechnet dieses Jahr, wo das Klima in das Bewusstsein der Menschen gerückt ist, wo Zehntausende von Jugendlichen, Eltern und Grosseltern gegen den Klimawandel auf die Strasse gehen und viele Menschen gemerkt haben, dass es so nicht weitergeht, bewilligt unsere Regierung einen solchen Anlass. Unsere Regierung hat es verpasst, ein deutliches Zeichen dafür zu setzen, dass ein Umdenken stattfinden muss. Sie haben aber noch die Möglichkeit, ein Zeichen zu setzen, indem Sie meinem Postulat zustimmen.

Othmar Amrein: Das Rosenfest gibt es nun bereits fast 90 Jahre. Die Veranstalter sind immer wieder gefordert, mit neuen Ideen Leute anzulocken. Es wurden umfangreiche Abklärungen getroffen, unter anderem auch mit Fischereivereinen. Die Fischereivereine haben sich nicht gegen diese Flüge ausgesprochen. Zudem sind auch auf Stufe Bund und Kanton Abklärungen getroffen und die Bewilligungen erteilt worden. Die Anzahl Starts und Landungen wurden im Verlauf der Diskussion auf 100 pro Tag limitiert. Wir sollten in dieser Frage keinen operativen Einfluss nehmen, sonst finden sich in Zukunft keine Veranstalter mehr, die einen solchen Anlass durchführen werden. Meiner Meinung nach sollte unser Rat mehr strategisch als operativ tätig sein. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Toni Graber: Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Wir sind gegen weitere Einschränkungen dieses Anlasses. Das Gesuch wurde von verschiedensten Stellen geprüft und ist somit zu verantworten. Die Bewilligung ist an Auflagen und Einschränkungen gebunden. Die Flugbewegungen wurden praktisch halbiert, und über den Mittag wurde ein Flugverbot erlassen.

Michèle Graber: Der Antrag für die Bewilligung wurde von den Organisatoren des Rosenfestes und den Wasserfliegern gemeinsam eingereicht. Die Organisatoren waren sich der verschiedenen möglichen Beeinträchtigungen sicher bewusst. Sie haben gemeinsam eine Veranstaltung geplant mit Einbezug der Besucherinnen und Besucher. Die erstellte

Infrastruktur wird ebenfalls gemeinsam genutzt. Nach ausgiebiger Prüfung durch verschiedene Stellen wurde die Bewilligung mit Auflagen erteilt. Man kann gegenüber dem Anlass oder der Wasserfliegerei generell kritisch eingestellt sein, sollte das aber frühzeitig kundtun. Es liegt an unsrem Rat, in Zukunft mittels Gesetz oder Verordnung auf solche Veranstaltungen Einfluss zu nehmen. Es ist aber nicht zielführend, einem Anlass kurz vor der Durchführung die erteilte Bewilligung zu entziehen. Der Kanton würde zu einem unzuverlässigen Partner und an Glaubwürdigkeit verlieren. Jeder, der schon einen grossen Anlass organisiert hat, weiss, wie viel Arbeit dahintersteckt. Gegenüber den Organisatoren und den zahlreichen Helferinnen und Helfern ist es respektlos und unfair, den Anlass so kurzfristig abzulehnen. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Hasan Candan: Das Votum der GLP-Sprecherin überrascht mich, sonst tut sich die GLP immer als Klimaschützerin hervor. Die Ablehnung des Postulats durch die Regierung überrascht mich sehr, auch im Hinblick auf die Klima-Sondersession vom nächsten Montag. Ich hatte Bedenken, dass die Regierung die Klima-Sondersession nur aufgrund der bevorstehenden Wahlen durchführt. Meine Skepsis scheint sich zu bewahrheiten. Die Regierung scheint auf Zeit spielen zu wollen und nimmt das Thema nicht ernst. Der Klimawandel ist aber das zurzeit wichtigste Thema. Wir müssen es bis 2050 schaffen, die Erwärmung der Erdatmosphäre auf 1,5 Grad Celsius zu beschränken und netto null CO₂ zu erreichen. Wir müssen uns grundsätzlich überlegen, wie mit der Fliegerei oder den Sportmotorbooten umgegangen werden soll. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Michael Kurmann: Ich gehe mit den Vorrednern der GLP und der FDP einig. Die CVP stellt fest, dass der Bewilligungsprozess ordentlich abgelaufen ist und der Anlass durch zahlreiche Amtsstellen bewilligt wurde. Die organisierenden Vereine und die Standortgemeinde stehen hinter dem traditionsreichen Anlass inklusive des Wasserflugzeug-Events. Die Anzahl Flugbewegungen liegt bei 360 und nicht wie vom Postulanten erklärt bei 600. Dadurch werden die Emissionen deutlich vermindert. Die Flugzeiten beschränken sich auf den Vor- und Nachmittag, sodass die Festbesucher und vor allem die Einwohner am Mittag und am Abend von allfälligem Fluglärm verschont bleiben. Es ist nachvollziehbar, dass Fluganlässe in gewissen Kreisen generell und in Zeiten der Klimadiskussion im Speziellen auf Widerstand stossen. Allerdings sind die Impacts der knapp 400 Flugbewegungen sehr klein. Das Risiko einer Gewässerverschmutzung betrachten wir als kaum grösser als beim individualisierten motorisierten Schiffsverkehr auf dem Vierwaldstättersee. Der Verein Rosenfest Weggis und die Gemeinde Weggis stehen hinter dem Anlass, der in rund zwei Wochen stattfindet. Der Event ist organisiert und die Bewilligung rechtskräftig. Mit den reduzierten Flugbewegungen wird dem ökologischen Anliegen zumindest teilweise entsprochen. Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Roland Fischer: Die GLP setzt sich für einen starken Klimaschutz und griffige Massnahmen ein. Aber hier geht es um einen speziellen Anlass, der bereits über eine rechtskräftige Bewilligung verfügt. Es entspricht nicht der Zusammenarbeit von Parlament, Regierung und Gesellschaft, dass wir einen solchen Entscheid kurzfristig übersteuern. Wenn wir nicht wollen, dass solche Veranstaltungen mit Wasserflugzeugen auf dem Vierwaldstättersee stattfinden, müssen wir ein entsprechendes Gesetz schaffen.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Nautische Bewilligungen sind im Bundesgesetz geregelt. Im Kanton Luzern ist die Luzerner Polizei für solche Bewilligungen zuständig. Die Regierung hat sich nie mit diesem Gesuch befasst, denn die Bewilligung wurde durch die Polizei erteilt. Im Rahmen des koordinierten Bewilligungsverfahrens wurden beim Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement – namentlich bei den Dienststellen Umwelt und Energie, Verkehr und Infrastruktur, Landwirtschaft und Wald sowie Raum und Wirtschaft – Stellungnahmen eingeholt. Aufgrund dieser Stellungnahmen wurden starke Einschränkungen verfügt und das Programm halbiert. Auf Stufe Kanton hat also kein politischer Entscheid stattgefunden. Der politische Entscheid liegt bei der Gemeinde, die den Anlass durchführen will. Wenn der Kanton für solche Entscheide zuständig sein soll, muss das Gesetz angepasst werden. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Andreas Hofer: Es wurden viele Gründe genannt, warum das Postulat abzulehnen sei. Ich bitte Sie trotzdem nochmals, meinem Postulat zuzustimmen.
Der Rat lehnt das Postulat mit 72 zu 30 Stimmen ab.